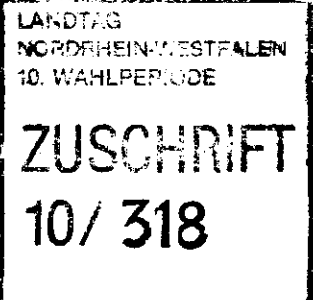


Initiative
beschäftigter und arbeitsloser
Lehrerinnen und Lehrer
c/o Bettina Schwenker
Werner Lindemann
An der Apostelkirche 1-3
4400 Münster

Münster, den 28.2.1986

An
alle Landtagsabgeordneten
Haus des Landtages
4000 Düsseldorf



Sehr geehrte Landtagsabgeordnete!
Sehr geehrter Landtagsabgeordneter!

Ende September 1985 hat der Landtagspräsident Ihnen unsere Aktion "Lehrer/innen in die Schulen - nicht in die Arbeitslosigkeit" ins Fach gelegt. Diese Aktion wird inzwischen von über 3000 beschäftigten und arbeitslosen Lehrerinnen und Lehrern unterstützt. Die Unterschriftenlisten sind bei den Fraktionsvorsitzenden hinterlegt.

Die Unterschriftenaktion, Gespräche mit Vertretern der Fraktionen, des Kultusministeriums und Lehrer- und Elternverbänden, sowie das Hearing zum Thema Lehrerbedarf am 13.2.86 haben bestätigt, daß die Situation an unseren Schulen so ist, daß dringend Lehrer/innen eingestellt werden müssen.

Angesichts der Situation an den Schulen und der arbeitslosen Lehrer/innen bitten wir Sie, bei der anstehenden Abstimmung in der Haushaltsdebatte des Landtages sich für ein Lehrereinstellungsverfahren einzusetzen, das den wirklichen Bedürfnissen der Schulen gerecht wird.

Aufgrund unseres Demokratieverständnisses haben wir auf diesem Hintergrund Sie zu dem Hearing für Landtagsabgeordnete eingeladen, um mit Ihnen über das Thema "Lehrerbedarf" ins Gespräch zu kommen. Wir sind sehr enttäuscht darüber, daß niemand von Ihnen daran teilgenommen hat.

Wir können schlechterdings nicht glauben, daß Sie alle an diesem Tag terminlich verhindert waren. Ist Ihre Abwesenheit als Desinteresse an der Situation der Schulen und der arbeitslosen Lehrer/innen zu deuten?

Zu Ihrer Information legen wir unsere Presseerklärung zu dem Hearing bei (Siehe Anlage).

Wir bitten Sie, in die Haushaltsdebatte drei Fragen einzubringen (Siehe Anlage).

In Übereinstimmung mit den Hearingsteilnehmern/innen können wir uns nämlich nicht mit der angeblichen Nichtfinanzierbarkeit von Lehrereinstellungen abfinden.

Lehrereinstellungen sind keine Sozialtat, sondern eine politische Notwendigkeit für den Abbau von Unterrichtsausfall und sonstigen Schulmängeln.

Mit freundlichen Grüßen

Bettina Schwenker
Werner Lindemann

für die Haushaltsdebatte im Landtag

1. Frage: Aus demographischen Gründen wird der Bildungshaushalt geplündert.
Wie sieht Ihre Finanzpolitik für den Bildungsbereich aus, wenn Sie erkennen, daß die demographischen Daten in Wirklichkeit gar nicht so zu Buche schlagen, wie sie das annehmen? Denn sinkende Schülerzahlen bedeuten nicht automatisch prozentual-statistisch ausrechenbar entsprechend weniger Lehrer/innen an den Schulen.
Kein Finanzpolitiker auf Bundesebene würde auf den Gedanken kommen, daß ein Bevölkerungsrückgang in der BRD automatisch dazu führen müßte, daß wir weniger Soldaten für unsere Verteidigung brauchen.

2. Frage: Welche Möglichkeiten haben Sie, um Wege dafür zu finden, daß öffentliche Haushalte und halböffentliche Haushalte (Sozialhaushalt und Bildungshaushalt) zusammengeführt, einander geöffnet werden können. Es ist doch finanzpolitisch nicht zu verantworten, arbeitslose Lehrer/innen, deren Qualifizierung dem Staat viel Geld gekostet hat, aus dem einen Topf mit Arbeitslosen-oder Sozialhilfe zu "bezahlen", und auf der anderen Seite zu sagen, in dem anderen Topf sei kein Geld, eben diese qualifizierten Lehrer in den Schulen arbeiten zu lassen, obwohl sie dort dringend gebraucht werden.—Was ist bisher in dieser Richtung getan worden?

3. Frage: Wie vermitteln Sie angesichts der hochangespannten Finanzlage des Landes die Schulpolitik mit der Finanzpolitik? Die Tatsache der Finanzmisere entbindet Sie einer solchen Vermittlung im einzelnen nicht. Von einem Finanzpolitiker erwarten wir, daß er sich die Situation an unseren Schulen vom Kultusministerium und den Schulpolitikern der Fraktionen beschreiben läßt. Es geht nicht an, daß die Finanzpolitik über die Daten der Schulpolitik einfach hinweggeht, mit den Bemerkungen: Wir haben kein Geld.

Die Schülerzahlen sinken.

Es geht auch nicht an, daß Finanzpolitiker schulpflichtigen Schülerinnen und Schülern, die ihr Recht auf einen fachspezifisch erteilten Unterricht von 32 Stunden einklagen, sagen, das sei zwar wünschenswert, was sie da fordern, es sei aber kein Geld da.

Wie wollen Sie das, was das Land den Schülern/innen schuldet, mit dem vermitteln, was Sie an Staatsschulden zu begleichen haben?

Anmerkung:

Finanzpolitiker entziehen sich der öffentlichen Verantwortung in Sachen Schulpolitik und sprechen eine andere Sprache als die Bildungspolitiker. Sie dienen als Abblocker! Wegen der schlechten Finanzlage soll man in der Öffentlichkeit nicht erfahren, wie es an den Schulen wirklich aussieht!

Schlagzeile: Hearing für Landtagsabgeordnete ohne Landtagsabgeordnete

318/3

Initiative
beschäftigter und arbeitsloser
Lehrerinnen und Lehrer
c/o Werner Lindemann
Bettina Schwenker

Münster, den 13.2.
1986

Betrifft: Hearing für Landtagsabgeordnete zum Thema Lehrerbedarf
am 13.2.1986 in den Rheinterrassen zu Düsseldorf

Presseerklärung:

Sehr geehrte Damen und Herren,

am Donnerstag, dem 13.2.86, fand in Düsseldorf ein Hearing für Landtagsabgeordnete zum Thema "Lehrerbedarf" statt. Initiatoren waren die Initiative beschäftigter und arbeitsloser Lehrer/innen aus Münster. An dem Podium nahmen teil aus dem Bereich der Schule: ein Vertreter des Kultusministeriums, ein Regierungspräsident, ein Schulleiter, ein Seminarleiter, ein Gymnasiallehrer, eine Hauptschullehrerin, eine Vertreterin eines Eltern-Lehrerkreises und eine Elternvertreterin des Landeselternrates; aus dem Bereich der Landtagsfraktionen je ein bildungspolitischer Sprecher/in; aus dem Bereich der Verbände die Vorsitzenden von GEW, VBE, VLBS und vom Philologenverband. Als Moderator nahm teil Prof. Dr. Klaus Klemm von der Universität Essen.

Das Auditorium zählte 100 bis 150 Teilnehmer. Zu ihm gehörten Seminarleiter und Refendare, beschäftigte und arbeitslose Lehrer/innen, Eltern und die Initiative für eine bessere Schule aus Köln.

Die eingeladenen Landtagsabgeordneten, mit Ausnahme der drei bildungspolitischen Sprecher, und die eingeladenen finanzpolitischen Sprecher verweigerten sich dem Hearing mit seinen Fragen (siehe Anlage!). Fünf Landtagsabgeordnete haben sich aus Termingründen entschuldigt.

Der Anlaß für dieses Hearing ist die vom Landtag in den nächsten Wochen zu treffende Entscheidung über den Haushalt in NRW. Im bildungspolitischen Bereich wird darüber entschieden, ob der unumstrittene Lehrerbedarf an unseren Schulen bestehen bleibt oder ob es doch zu Lehrereinstellungen, und damit zu einer verbesserten Schulsituation im Schuljahr 86/87 kommt. Die Regierung sieht für 1986 kein Einstellungsverfahren für Lehrer in Schuldienst vor.

Die Teilnehmer des Podiums also auch die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen waren sich einig darüber, daß die Situation an den Schulen in NRW unzureichend ist und eine notwendige verbesserte Schulsituation trotz sinkender Schülerzahlen nur durch die Einstellung von Lehrern herbeigeführt werden kann.

Konsens bestand auch darüber, daß dieses unumstrittene schlechte Bild von Schule in der Öffentlichkeit nicht verbreitet wird. Im Gegenteil sprechen der Ministerpräsident, der Finanzminister und erstaunlicherweise auch der Kultusminister in der Öffentlichkeit von Lehrerüberhängen, von sinkenden Schülerzahlen, die automatisch eine Nichteinstellung von Lehrern zur Folge hätte, und von der schlechten Finanzlage, die zum größten Teil durch den Bildungshaushalt ausgeglichen werden muß.

Die Politiker wollen dadurch die Öffentlichkeit glauben machen, daß die Situation an unseren Schulen nicht verbesserenswert sei, daß keine Notwendigkeit für die Einstellung von Lehrern besteht und daß zwangsläufig der Bestand von Lehrern weiter abgebaut werden müsse.

Das wahre Bild von Schule wird also in der Öffentlichkeit nicht dargestellt. Die jetzige Regierung hat die schlechte Situation an den Schulen zu verantworten. Sie schafft keine Abhilfe, wenn die Haushaltsdebatte zuungunsten eines Lehrereinstellungsverfahrens im Jahr 1986 ausfällt.

Zu wünschen wäre, daß sich die Landtagsabgeordneten bei der anstehenden Abstimmung im Landtag stark machen für eine verbesserte Schulsituation und deshalb für ein Lehrereinstellungsverfahren stimmen. In Übereinstimmung mit dem Podium ist die Befürwortung eines Lehrereinstellungsverfahrens keine Sozialtat, sondern eine politische Notwendigkeit für den Abbau von Unterrichtsausfall und sonstigen Schulmängeln.

Nicht zu hoffen und skandalös wäre es, wenn die Landtagsabgeordneten wider besseres Wissen auf dem Hintergrund eines in der Öffentlichkeit erzeugten beschönigten Bildes von Schule oder sogar in Unwissenheit über die wahre Situation an den Schulen in NRW ihr Votum gegen ein Lehrereinstellungsverfahren abgeben.

Bitte veröffentlichen Sie diese Presseerklärung und die drei Fragen, deren Beantwortung sich die Finanzpolitiker nicht gestellt haben.

Mit freundschaftlichem Gruß

Ihr

Werner Loh



31815

Herrn
Ministerpräsidenten
Johannes Rau
Hannemannufer 1a
4000 Düsseldorf
O I F L N L R B R I I I I

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rau,

Trotz oder gerade wegen der fehlenden finanziellen Mittel zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit in NRW bitten wir Sie und Ihre Regierung zu erkennen, daß Sie für die nichtüberwindbare Massenarbeitslosigkeit von Lehrern/Innen in unserem Lande die volle politische Verantwortung haben. Wir bitten Sie, sich nicht mit einem Hinweis auf die angespannte Finanzsituation dieser Verantwortung zu entziehen, zumal das Land das Ausbildungs- und Beschäftigungsmonopol für diese Berufsgruppe hat.

Wir werden sehr genau darauf achten, ob Sie sich die Situation an den Schulen von Ihrem Finanzminister beschreiben lassen (Kein Lehrer/Innenbedarf, sinkende Schüler/Innenzahlen) oder ob Sie sich auf die fachkundigen Analysen und Perspektiven der Bildungspolitiker verlassen (erheblicher Bedarf an Lehrkräften). Und wenn Sie dem Landtag und der Bevölkerung sagen müssen, daß Sie verantwortlich sind für untragbare Zustände, für deren Abwendung Ihnen die finanziellen Mittel fehlen!

Wir unterstützen die Bundesweite Initiative zur Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit und zur Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst, die von dem Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Weiterbildung Hans Frey in die Haushaltsberatungen eingebracht wird. In diesem Zusammenhang möchten wir Ihnen mitteilen, daß eine große Solidarität zwischen berechtigten und arbeitstägigen Lehrern/Innen besteht, wie unsere Unterschriftenaktion beweist (Lehrer/Innen in die Schulen, nicht in die Arbeitslosigkeit). Auch in den Lehrerverbänden hat eine Diskussion über kostenneutrale Lösungen begonnen unter anderem auch über den Vorschlag, "bei Wahrung des Bestandes der anstehenden Besoldungserhöhungen bei allen Beamtengehältern ab A 12 für einen befristeten Zeitraum nicht auszuzahlen" und "die so frei gewordenen Mittel arbeitsmarkt-relevant einzusetzen (Schaffung neuer Stellen)."

Die Diskussion und Bereitschaft zu gemeinsamen Lösungen zwischen Land, Verbänden und Lehrern/Innen wird in dem Maße zunehmen, wie die Landesregierung selbst erste vertrauensbildende politische Schritte tut.

Frage erwartet wird, daß die Landesregierung in der laufenden Haushaltsdebatte offenlegt, welche Maßnahmen aus dem "politischen Gesamtpaket" sie jetzt einleiten wird.

Wir erwarten ferner, daß Sie in Bezug auf die gesetzlichen Voraussetzungen, die auf Bundesebene für eine solche Lösung geschaffen werden müssen, nicht nur Sonderausgangspunkte führt, sondern gesetzliche Alternativen einbringt.

Können Sie den Verbänden, den arbeitstägigen und beschäftigten Lehrern/Innen und Lehrern im Lande signalisieren wollen, daß Sie an einer gemeinsamen solidarischen Lösung für das Problem der Massenarbeitslosigkeit von Lehrern/Innen interessiert sind, dann sorgen Sie dafür, daß es in NRW bei einem hohen Bedarf an Lehrkräften keine weiteren Stellenabbau gibt, wie unsere Initiative beschaffigter und arbeitstägiger Lehrer/Innen es beantragt hat (siehe Anlage). Erst nach einer solchen Lehrern/Innen in die Schulen nicht in die Arbeitslosigkeit, zur Zeit 1.600 Unterechtlehrern).

Das Dilemma, entweder den Haushalt nicht sanfteren zu können und weitere Schulden machen zu müssen oder aber den unzähligen Arbeitstägigen die politische Lösung schuldig zu bleiben, entbindet Sie nicht Ihrer politischen Verantwortung.

Die politische Weichenstellung ist jetzt notwendig.

Mit freundlichen Grüßen
Werner Hagenboom

Zeichner Erich Klauschenbach zum Thema Berufsaussichten für Lehrer

Wenn ich groß bin,
werde ich eine ganz
berühmte Filmschau-
spielerin!



Und ich werde
ein ganz berühmter
Astronaut!



Und ich Pirat!



Ich werde Schatz-
gräber und Entdecker!



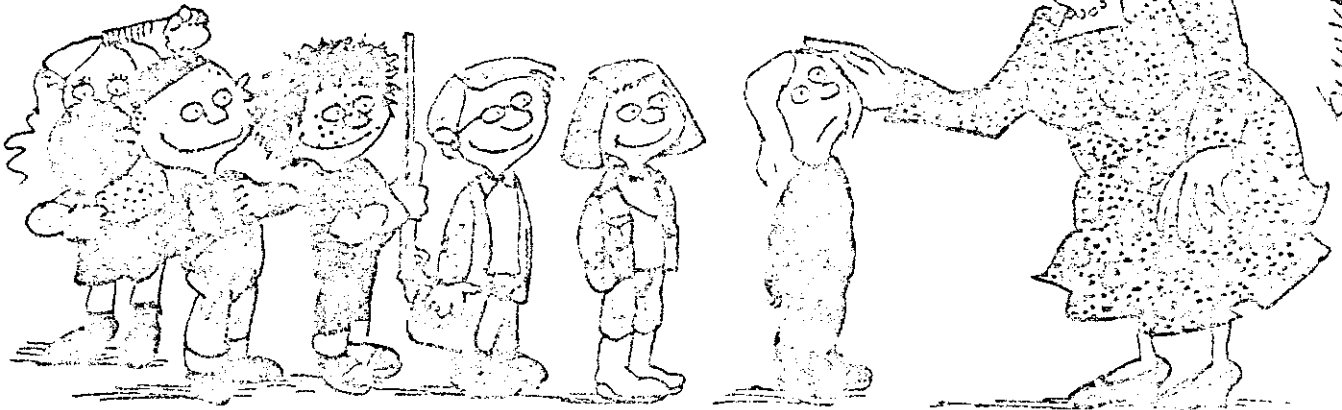
Und ich
Bundeskanzlerin!



Ich mach mein Abitur,
dann studiere ich
und werde Lehrer
an einer Schule.



Du solltest dir ein Beispiel an deinen
Freunden nehmen und dir nicht so
etwas Unmögliches wünschen!



Erich Klauschenbach